



FOTO: PLAINPICTURE/INGRID MICHEL

# Ist Europa noch zu retten?

Die EU ist gelähmt – von wirtschaftlichen Krisen im Süden und politischer Mutlosigkeit im Norden. Damit ein Aufbruch gelingt, braucht **Europa** relevante Zukunftsvorhaben, die seine Bürger überzeugen. Fünf Projekte haben dabei Priorität.

**TEXT** SOPHIE CROCOLL, ELISABETH NIEJAHR, THOMAS SCHMELZER, DIETER SCHNAAS, VOLKER TER HASEBORG

**F**rüher hätte Joschka Fischer auf eine so banale Frage nicht geantwortet. Doch die Welt hat sich geändert – so dramatisch, dass der frühere Außenminister sich als Elder Statesman zurückmeldet. Und so redet und redet Fischer am Mittwoch vergangener Woche in einem Anhörungssaal des Bundestages über Donald Trump, das Chaos in Italien, die unsichere Zukunft der EU – bis ihn eine junge Zuhörerin fragt, ob er eigentlich genervt davon sei, als „überzeugter Europäer“ zu gelten. Fischer seufzt. Ach Gott: „Ein langes politisches Leben macht immun.“

Fischer kann nicht verhehlen, dass er das wichtigste politische Projekt seiner Generati-

on, die europäische Einigung, gefährdet sieht. Ohne Integration keinen Frieden – und keinen Wohlstand, sagt er: „Was nützt Ihnen das Geld unter der Matratze, wenn die Matratze weg ist?“ Fischer spart nicht mit deutlichen Sätzen. Die Antwort auf die Frage „Scheitert Europa?“ sei offen. Die Union stecke in einer existenzbedrohenden Krise: „Ich fürchte, dass wir zu einem Neustart gezwungen sind.“

Doch von einem Anfang, dem ein Zauber innewohnt, ist Europa weit entfernt. Lange galt: Es geht zwar langsam voran, aber dafür stetig nach oben. Doch seit Ausbruch der Euro-Krise, seit Griechenlandrettung und Flüchtlingsdrama, seit Brexit und dem Aufstieg der Rechtspopulisten, befinden sich EU und Euro-Raum im Dauerkrise-Modus. Noch immer sind Millionen Jugendliche im Süden Europas ohne Arbeit. Noch immer ist das

künftige Verhältnis zu Großbritannien ungeklärt. Noch immer schwelt die Niedrigzinskrise. Und noch immer kommen beinahe im Wochentakt neue Probleme hinzu. Donald Trump erklärt der EU den Handelskrieg. Die populistische Regierung in Rom setzt mit milliardenschweren Plänen die Währungsunion aufs Spiel. Seit dem Sturz des konservativen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy ist unklar, wie es mit Spanien weitergeht.

**Der Interessenschwenk der USA**

Es ist die bittere Ironie des europäischen Integrationsprozesses: Der Euro, der die Staaten unwiderruflich zusammenschweißen sollte, hat sich als politischer und wirtschaftlicher Spaltpilz erwiesen. In vielen Ländern, von Frankreich bis Griechenland, liegen die traditionellen Parteiensysteme in Trümmern.

Überall haben Populisten Zulauf, bestimmen sie die politische Agenda. Auch deshalb steht die EU vor dem vielleicht größten Stresstest ihrer Geschichte.

Während sie von einer Krise zur nächsten hetzte und zehn Jahre um sich selbst kreiste, hat sich das globale Umfeld dramatisch verändert. Die USA, seit Jahrzehnten Schirmherrin des Freihandels und Schutzmacht eines militärisch nahezu impotenten Europas, haben ihr Primärinteresse an den transatlantischen Beziehungen zusehends verloren – bis das Pendel unter Präsident Donald Trump zuletzt aggressiv in Richtung Desinteresse ausschlug.

Stattdessen interessieren sich die USA für die Newcomer auf der politischen Weltbühne – für China vor allem, das immer selbstbewusster Machtansprüche formuliert und technologisch rasant aufgeholt hat. Was ökonomisch bedeutende Zukunftsfelder wie die künstliche Intelligenz angeht, stellt sich nicht mehr die Frage, wann das Land Europa überholen wird – sondern, ob dies nicht längst geschehen ist. Wie fundamental die Umwälzungen sind, zeigt ein Spruch, der in Berlin die Runde macht: Bald könnte Europa nur noch die Halbinsel am Ende des asiatischen Kontinents sein.

Dass die Europäer den Anschluss verlieren – selbst Schuld. Bereits 2000 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EU die sogenannte Lissabon-Strategie. Der Kontinent sollte binnen zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt aufsteigen. Dazu ist es nicht gekommen. Ähnlich trist fällt die Bilanz in der Sicherheitspolitik aus. Vor 16 Jahren setzten sich alle Nato-Staaten das Ziel, die Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Und? In Deutschland wird die Liste der defekten Panzer und Kampfjets immer länger.

Sicherheit, Digitalisierung, Finanzkrise – man kann die Dinge verschleppen, aber irgendwann kommt es zum Schwur. Auch deshalb sind nun Schicksalstage für Europa angebrochen: Gelingt es, den globalen Umbrüchen nicht nur mit Worten, sondern endlich auch mit Taten zu begegnen? Die EU ist der größte Binnenmarkt der Welt. Die Euro-Zone verfügt über die nach dem Dollar zweitwichtigste Währung. In keiner Region gibt es so viele Forscher.

Die Vorschläge zu einer Reform der Euro-Zone und EU liegen nun auf dem Tisch. Der französische Präsident Emmanuel Macron will das große Rad drehen, mit einem Euro-Finanzminister und einem milliardenschweren Euro-Zonen-Budget. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel dagegen glaubt eher an die Macht des Rädchens. Die Botschaft von

# „Wir sind zu einem Neustart in Europa geradezu gezwungen“

**JOSCHKA FISCHER**  
Bundesaußenminister a. D.

Berlin gen Paris lautet: Man kann schon ein bisschen was machen, aber bloß nicht zu viel.

Dabei liegt in der dramatischen Lage auch eine große Chance. „Europa bewegt sich immer nur in Krisen“, sagt Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) im Interview (siehe Seite 23). Doch stimmt das auch dieses Mal? Europa müsste aktiv werden, vieles tun: seine Entscheidungsprozesse vereinfachen; sich als Raum verstehen, der mehr wert ist als die Summe seiner Teile; sich seinen Bürgern empfehlen mit relevanten Zukunftsprojekten, die gemeinsam angepackt werden.

Es gibt fünf Prioritäten: eine engere Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen, ein besserer Schutz der Außengrenzen, die Vollendung des digitalen Binnenmarktes, eine Bildungsoffensive – und die Behebung der Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion.

## 1. Währungsunion

Thomas Wieser hat gerade viel Zeit. Vor seiner Pensionierung leitete der österreichisch-amerikanische Ökonom sechs Jahre lang die sogenannte Eurogroup Working Group (EWG), also jene Runde der Staatssekretäre, die einmal im Monat die Sitzungen der Finanzminister der Euro-Zone vorbereitet. Es war ein anspruchsvoller Job in einer noch anspruchsvolleren Zeit. Wieser hat die dramatischen Jahre der Euro-Krise miterlebt: nächtliche Verhandlungsrunden, Drohkulissen, eilig zusammengestellte Rettungspakete.

Der Ruhestand bringt für Wieser nicht nur den Vorteil, sich seine Zeit frei einteilen zu können. Er kann nun auch offener reden. Von der Idee des französischen Präsidenten Macron etwa, einen Euro-Finanzminister zu installieren, hält er nichts: Da könne man auch

„die Sessel auf der Titanic“ umstellen. Macron simuliere mit belanglosen Vorschlägen Reform und Erneuerung.

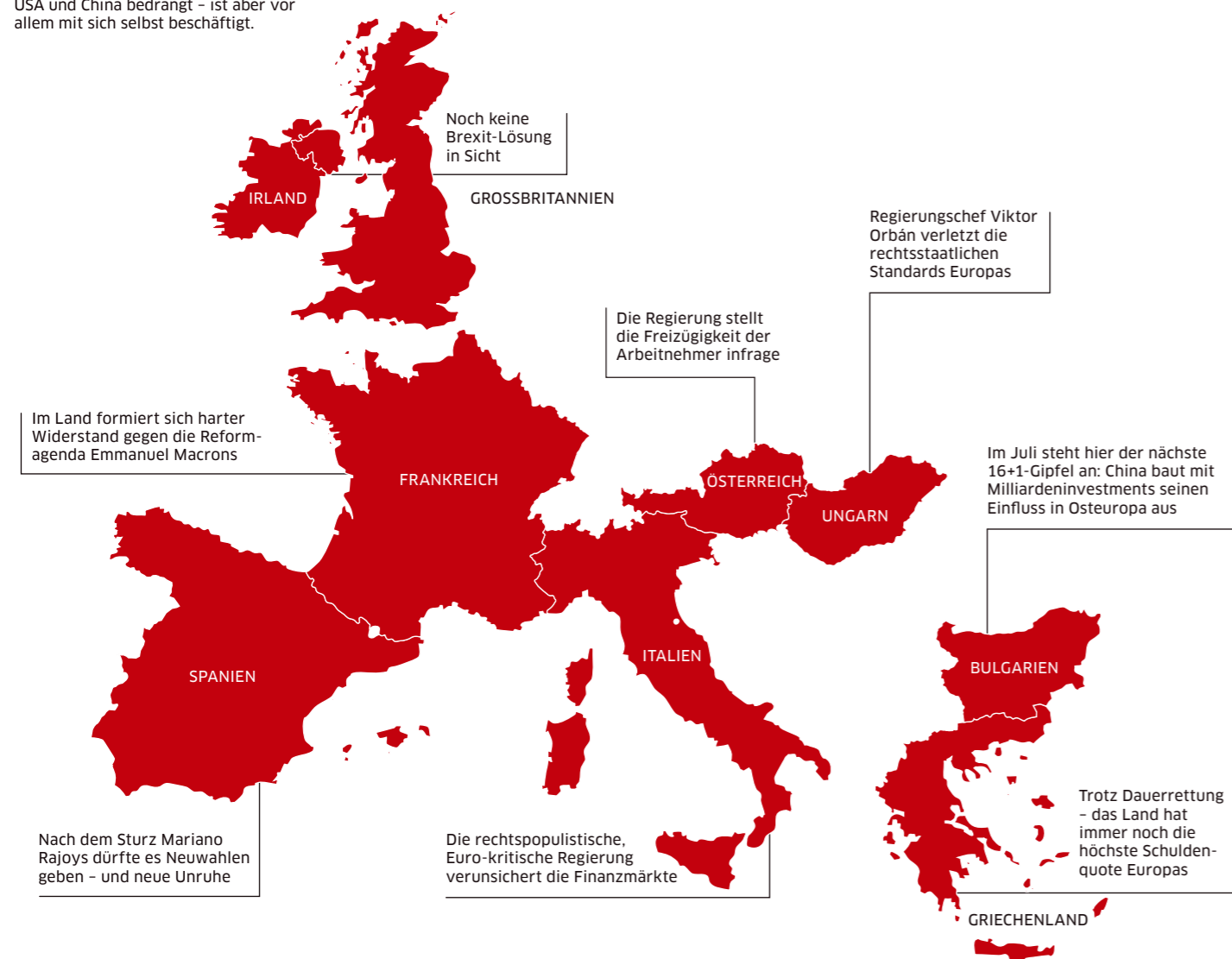
Welche Therapie aber verdiente diesen Namen? Wieser glaubt, dass es sich bei der Vollendung der Bankenunion um die wichtigste Reformaufgabe handelt. Und dass Europa an dieser Stelle schon weit gekommen sei. Mit der gemeinsamen Bankenaufsicht und einem einheitlichen Abwicklungsfonds für die Finanzinstitute seien 90 Prozent des Weges zurückgelegt. Was seiner Meinung nach noch dringend benötigt wird: „Eine gemeinsame Einlagensicherung, die einvernehmlich in zwei bis drei Stufen aufgebaut wird, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind.“

Über die Bedingungen ist schon viel gesprochen worden: Die Banken müssen ihre faulen Kredite abbauen, die Mitgliedstaaten ihr Insolvenzrecht renovieren und Verwaltungen modernisieren. Sollte es beim EU-Gipfel Ende Juni keine Einigung auf einen Zeitplan für die Einlagensicherung geben, wäre das ein „schwerer Rückschlag auf dem Weg zu einer stabileren Währungsunion“, sagt Wieser.

Das Problem aus seiner Sicht: Das im EU-Jargon Edis genannte Konstrukt wird bestenfalls in einer fernen Zukunft Realität. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) ist kein Fan. Und sein französischer Kollege Bruno Le Maire scheint sich mit Scholz' Einwänden abgefunden zu haben. Das wurde beim Treffen der G7-Finanzminister im kanadischen Whistler am vergangenen Wochenende klar. Immerhin sind Scholz und Le Maire gewillt, wenn nicht das ökonomisch Notwendige, so doch das politisch Mögliche auf den Weg zu bringen: einen gemeinsamen Vorschlag für eine Reform der Euro-Zone, den sie Merkel und Macron am 19. Juni präsentieren. „Jetzt oder nie“, sagt Le Maire.

**KONTINENT DER KRISEN**

Die Europäische Union wird von den USA und China bedrängt – ist aber vor allem mit sich selbst beschäftigt.



Quelle: eigene Recherche

Ein großer Wurf wird es nicht. Eher ein detailliertes Referat. Die Leitlinien setzen ohnehin Macron und neuerdings auch Merkel, die sich der Sache Europa lange wenig, dann eher formlos per Zeitungsgespräch verschrieben hat: Ja, der Euro-Rettungsfonds (ESM) soll zu einer Art Europäischen Währungsfonds (EWF) ausgebaut werden – aber nur unter der Kontrolle der nationalen Parlamente. Ja, ein solcher EWF soll auch mit kurzfristigen Krediten Staaten in finanzieller Not helfen können – aber nur gegen strenge Auflagen. Und ja, damit sich die Wirtschaftskraft der Euro-Staaten angleicht, soll es ein zusätzliches Investitionsbudget geben – aber nur in geringer zweistelliger Milliardenhöhe.

Solidarität gegen Solidität – das könnte mal wieder die Formel sein, auf die sich die Euro-Zone einigt. Zumindest bis zur nächsten Krise. Glaubt man dem Euro-Insider Wieser, könnte die Formel immerhin ein Beitrag zur Überwindung eines wesentlichen Missverständnisses in Europa sein: „Im Moment gibt es die Vorstellung im Norden, dass manche nur Solidarität einfordern, ohne sich an Solidaritätsregeln zu halten, und im Süden die Vorstellung, dass nur Solidität gefordert wird ohne Solidarität“, sagte er kürzlich. Sein Fazit: „Beides ist falsch.“

## 2. Digitaler Binnenmarkt

Wenn Sie das Facebook-Schild sehen, sind Sie richtig, hatte die Pressesprecherin geschrieben – nicht die von Facebook wohlgeordnet. Und tatsächlich, das Schild klebt an der Tür eines durchschnittlich modernen Bürogebäudes im zweiten Arrondissement in Paris: Hier haben, ein paar Stockwerke unter Facebook, die Macher von BlaBlaCar Quartier bezogen, eines der wenigen Digitalunternehmen in Europa, dem Experten einen Wert von mehr als einer Milliarde Euro zuschreiben. „Guten Tag“, sagt Frédéric Mazzella, 42, der juvenile

Chef und Mitgründer von BlaBlaCar: „Wie geht es Ihnen?“ Mazzella hat als Schüler Deutsch gelernt, und auch wenn er das Gegenteil behauptet und rasch ins Englische wechselt: Er spricht es gut.

Wenn europäische Politiker signalisieren wollen, dass neue Ideen und digitale Geschäftsmodelle nicht nur im Silicon Valley oder im chinesischen Shenzhen gedeihen, sondern auch in Europa, deuten sie gern auf BlaBlaCar. Das Unternehmen koordiniert Autofahrer und Reisende zu Fahrgemeinschaften und verdient an den Vermittlungsgeldern. 60 Millionen Menschen sind auf der Plattform angemeldet, BlaBlaCar beschäftigt gut 350 Mitarbeiter und bietet seine Dienste in 22 Ländern an, vor allem in Europa. Aber, sagt Mazzella und seufzt: Europa mache es seinen Digitalunternehmen nicht leicht. In den USA oder in China ein Unternehmen gründen, das gleiche einem 100-Meter-Lauf. In Europa eine Firma aufbauen, das seien 110 Meter Hürden: „Es ist, als müssten wir jedes Mal, wenn wir in ein anderes europäisches Land gehen, eine neue Firma gründen.“

Dabei hat sich die Europäische Kommission genau das vor drei Jahren vorgenommen: dass Unternehmen wie BlaBlaCar grenzenlos wachsen können, schnell und unbürokratisch. Die Strategie sieht vor, dass bis 2020 Regulierungshindernisse beseitigt sind, 415 Milliarden Euro zusätzlich erwirtschaftet werden und Hunderttausende Arbeitsplätze entstanden sind. Aber erst sechs der Vorschläge, die die EU-Kommission von der Versteigerung von Funkfrequenzen bis hin zu digitalen Verwaltungen erarbeitet hat, sind auch schon beschlossen. Mit 18 weiteren Gesetzesvorlagen geht es mal mehr, mal weniger voran.

Die Bundesregierung trägt dafür eine Mitverantwortung. In vielen Bereichen „wären wir längst fertig, wenn die Kommission nicht auf Drängen Berlins Spezialinteressen aufgenommen hätte, die eine Einigung erschweren“, kri-

tisiert die Europaabgeordnete Julia Reda von der Piratenpartei. Gerade erst hat Deutschland gegen einen Kompromiss votiert, der im Rat zum Urheberrecht erzielt worden war.

Frédéric Mazzella will nicht nur meckern. Dass die EU die Roaming-Gebühren abgeschafft habe, „war notwendig und ist für Dienste wie uns gut“. Es brauche aber dringend weitere Vereinheitlichungen. Wie etwa eine Fahrgemeinschaft zu definieren ist und welche Vorschriften für BlaBlaCar daraus folgen, unterscheidet sich von EU-Land zu EU-Land. Je nach Standort sei ein anderer Mehrwertsteuersatz fällig, ein anderes Arbeitsrecht einzuhalten. Das betreffe nicht nur Digitalfirmen, sagt Mazzella, stelle diese aber oft vor besondere Probleme, weil Geschäftsmodelle, Kunden- und Mitarbeiterstruktur von Anfang an international ausgelegt seien.

BlaBlaCar wächst derzeit in seinen außereuropäischen Märkten, in Russland und Brasilien, besonders schnell. Auch deshalb ist Mazzella überzeugt: Ohne einen digitalen Binnenmarkt verliert Europa junge Unternehmen. „Wenn ein französisches Start-up glaubt, in den USA erfolgreich sein zu können, auf einem echten, einheitlichen Markt – warum sollte es hier bleiben?“

## 3. Sicherheit

Die Wetten standen schlecht, dass sie sich würden einigen können, erinnert sich Thomas Schmitt. Damals, vor zwei Jahren, bezogen Teams am Standort von Airbus Defence im bayrischen Manching Quartier, um unter seiner Leitung eine Studie für eine europäische Drohne auszuarbeiten. Nicht nur, dass die Mitarbeiter aus vier Ländern kamen – sie arbeiteten auch für drei Unternehmen, für Airbus, Dassault, Leonardo. Nach all den negativen Erfahrungen bei europäischen Rüstungsprojekten: Warum sollte ausgerechnet das MALE-Programm gelingen?

Heute sind fast alle Zweifel ausgeräumt. Das Modell der MALE-Drohne („Medium Altitude, Long Endurance“) ist auf der Internationalen Luft- und Raumfahrt-Ausstellung in Berlin enthüllt worden. Und die Drohnen-Kooperation dient als Blaupause für den deutsch-französischen Plan, bis 2040 gemeinsam ein Kampfflugzeug zu entwickeln. Die Teams arbeiten nach Disziplinen zusammen, weshalb „Leute, die in ihren Unternehmen bisher einen Alleinanspruch auf ihrem Kompetenzfeld hatten, von Kollegen hinterfragt oder auch bestätigt werden“, sagt Airbus-Programmleiter Schmitt. Eng ist auch der Austausch mit den Auftraggebern in den vier beteiligten Staaten. Nimmt man die Post-its als Anhaltspunkt, die ein Team an seine Büro-

## „Europa wird immer in der Krise sein“

**Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble über Italiens Populisten, den drohenden Handelskrieg mit den USA – und was Philosoph Karl Popper mit dem Euro zu tun hat.**

TEXT BEAT BALZLI, SVEN BÖLL, CHRISTIAN RAMTHUN

**Herr Präsident, wissen Sie schon, was Sie am 1. September 2019 machen?**

Nein.

**Dann jährt sich zum 25. Mal die Veröffentlichung des Europapapiers von Ihnen und dem CDU-Politiker Karl Lamers. Sie haben damals ein sogenanntes Kerneuropa gefordert ...**

Ja, richtig. Aber eine Jubiläumsveranstaltung wird es nicht geben. So wichtig nehmen wir den Tag der Veröffentlichung nicht.

**Der erste Satz lautete: Der europäische Einigungsprozess ist an einen kritischen Punkt seiner Entwicklung gelangt.**

Manche Sätze sind eben zeitlos. Gerade was die Entwicklung in Europa angeht.

**Das bedeutet aber auch, dass Sie und Ihre Kollegen versagt haben.**

Nein, wir genießen seit 70 Jahren Frieden in Europa, und wir sind mit der europäischen Einigung viel weiter gekommen, als wir das je gedacht hätten. Und dass es an der ein oder anderen Stelle nicht vorwärtsgeht, dass wir manche Probleme nicht sofort lösen können – damit stehen wir nicht allein. Im Nahen Osten und auf der koreanischen Halbinsel gibt es Probleme, in den USA ...

**Aber bei der Krise Europas handelt es sich um eine fundamentale Orientierungskrise. Die Briten kehren dem Kontinent den Rücken. Überall haben EU-Gegner Zulauf. Und in Italien regiert nun eine populistische Regierung.**

Verstehen Sie mich nicht falsch, aber darin besteht auch eine große Chance. Europa bewegt sich immer nur in Krisen. Ohne Veränderungsdruck neigen Gesellschaften – vor allem solche, denen es relativ gut geht – dazu, Besitzstände zu wahren, sich wenig zu bewegen. Erst wenn der Druck groß genug ist, ändert sich das. Wichtig ist allein, rechtzeitig zu handeln. Damit es nicht zu explosiven Entwicklungen kommt. Das ist aber in Europa bislang nicht passiert.



**WOLFGANG SCHÄUBLE**, 75, ist Präsident des Deutschen Bundestages und dienstältester Parlamentarier. Der CDU-Politiker war mehrfach Minister – zuletzt Chef des Finanzressorts.

# „In jedem EU-Land müssen wir quasi eine neue Firma gründen“

**FRÉDÉRIC MAZZELLA**  
Gründer von BlaBlaCar

### Könnte der Handelskonflikt mit den USA der europäischen Einigung am Ende helfen?

Wir wären ohne die Vereinigten Staaten mit der EU niemals dahin gekommen, wo wir heute sind. Das transatlantische Verhältnis und die europäische Einigung sind zwei Seiten einer Medaille. Wir teilen zentrale Werte wie Demokratie, Rechtsstaat, Menschenwürde und Freiheit. Daran ändert auch nichts, dass Donald Trump derzeit US-Präsident ist.

### Was halten Sie eigentlich von einem US-Botschafter in Berlin, der die konservative Revolution in Europa unterstützen will?

Ich bin ja ein altmodischer Mensch und dachte immer, dass sich Botschafter nicht zu sehr in die Innenpolitik einmischen. Als Herr Grenell mich kürzlich als Bundestagspräsident besucht hat, haben wir übrigens ein gutes Gespräch geführt. Nur was ich öffentlich gelesen habe, entspricht nicht so ganz meinem Verständnis.

### Hat Trump recht, wenn er von den Europäern mehr Engagement fordert?

Wir werden als Europäer mehr Verantwortung für uns und für die Welt übernehmen müssen. Schon John F. Kennedy hat ein faires „burden sharing“ gefordert. Das ist nun auch schon mehr als 50 Jahre her. Alles nicht neu.

### Warum sind dann die Forderungen so lange überhört worden?

Weil der Druck nicht groß genug war. Heute ist er es. Ich bin zuversichtlich, dass wir, weil wir zum Handeln gezwungen sind, aktiv werden.

### Ihre Zuversicht in Ehren. Wir registrieren Europaverdruss, scharfe Nationalrhetorik, antideutsches Ressentiment. Im italienischen Wahlkampf hieß es „Wir sind nicht die Sklaven Deutschlands“. Wie fühlen Sie sich als Sklaventreiber?

Ach, wissen Sie: Das ist doch menschlich. Wenn Sie ein Problem haben, haben Sie auch oft das Bedürfnis, einen anderen dafür verantwortlich zu machen. Italien hat zweifellos Probleme. Und ich behaupte nicht, dass wir Deutschen die größten Sympathieträger des Kontinents sind.

### Haben Sie als Finanzminister mit Ihrem harten Sanierungskurs dazu beigetragen?

Nach meiner Meinung: Nein. Italien leidet ja nicht an einem Mangel an Schulden, sondern an einem Mangel an Wettbewerbsfähigkeit. Im Übrigen ist die aktuelle politische Entwicklung in Rom kein Seismograf für die Richtigkeit oder Falschheit der Politik in der Euro-Zone.

### Das sehen die Finanzmärkte anders: Die Renditen gehen hoch, der Schweizer Franken wertet auf.



**Politischer Langzeitarbeiter** Die Entwicklung eines friedlichen und prosperierenden Kontinents zählt zur Lebensaufgabe Schäubles, der im Krieg geboren wurde

Die Finanzmärkte reagieren nicht auf die Politik in der Euro-Zone, sondern auf die Ankündigungen im italienischen Wahlkampf. Aber zu den Vorzügen eines freiheitlichen Systems gehört, dass man in ihm einen Irrtum korrigieren kann, so hat es der Philosoph Karl Popper mal ausgedrückt. Dazu hat die Regierung in Rom nun Gelegenheit.

### Glauben Sie nicht, dass das Erpressungspotenzial groß ist? Dass Italien nun sagt: Liebe EU, hier habt ihr unsere Schulden. Bitte begleichen, dann machen wir fröhlich weiter?

Nein, dieses Erpressungspotenzial sehe ich überhaupt nicht. Noch einmal: Wahlkampfäußerungen in Italien sind Wahlkampfäußerungen in Italien. Sie haben mit Regierungspolitik nichts zu tun. Und sind kein Argument, nervös zu werden, zu warnen, zu drohen. Bitte nicht vergessen: Europa ist stark. Wir haben die Euro-Krise besser gemanagt, als viele es für möglich gehalten haben. Die wirtschaftliche Situation vieler Länder hat sich deutlich verbessert, etwa in Spanien, Portugal, Griechenland und Irland.

### Ihr Europabild ist ganz schön rosa.

Überhaupt nicht. Wir müssen nur an unseren Prinzipien festhalten. Ich habe in den vergangenen Jahren stark darauf gedrängt, den ESM-Rettungsfonds zu stärken und ihn

zu einem Europäischen Währungsfonds auszubauen. Das wird jetzt von der Bundesregierung und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron aufgegriffen. Es geht vorwärts – das ist doch positiv!

### Für wen?

Eine Währungsunion hat Vorteile für alle – am meisten für die, die wirtschaftlich stark sind, und das sind wir selbst. Deutschland hat von der EU größere ökonomische Vorteile als die meisten anderen Länder. Das muss uns doch etwas wert sein! Mein Prinzip lautet: Derjenige, der in einem Streitfall ein bisschen besser als sein Gegenüber da steht, muss sich auch ein bisschen großzügig-

**„Das Wort Heimat ist wieder in Mode. Ich finde das gut“**

ger zeigen. Denn er hat ein besonderes Interesse daran, dass es mit ihm auch den anderen gut geht. Aber es gilt, nachzubessern. Wenn wir etwa im Bankensektor mehr gemeinschaftliche Haftung einführen, ohne die Entscheidungssysteme zu verändern, führt das zu Fehlanreizen.

### Wie wahrscheinlich ist aus Ihrer Sicht eine erneute Finanz- und Euro-Krise in Europa?

Wir haben aus der letzten Krise gelernt und uns eine gewisse Fähigkeit erarbeitet, mit Risiken umzugehen. Doch Selbstzufriedenheit wäre eine sichere Voraussetzung, um geradewegs in die nächste Krise zu stürzen. Daher gilt es, weiter wachsam zu sein und frühzeitig gegen falsche Entwicklungen zu steuern.

### Dazu müsste Deutschland allerdings großzügig in die Zukunft Europas investieren.

### Emmanuel Macron hat vor einem Jahr Vorschläge zur Weiterentwicklung der EU vorgelegt. Nun hat die Kanzlerin ihm endlich geantwortet, aber eher dürr. Geht Deutschland wirklich voran in Europa?

Wir sind immerhin der größte Nettozahler in der EU.

### Das ist nicht neu.

Ja, natürlich, Sie haben ja recht: Frankreichs Präsident Macron geht mit viel Elan voran. Aber bitte bedenken Sie: Wir hatten Wahlen in Deutschland und Probleme mit der Regierungsbildung. Und die Bundeskanzlerin kann nicht schalten und walten, wie sie will, in Deutschland. Sie muss sich um parlamentarische Mehrheiten bemühen, und das ist auch gut so. Man kann Europa nicht gegen die eigene Bevölkerung ausbauen.

### Der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl hat Europa stets politisch gesehen, nicht ökonomisch. Ist Angela Merkel im Gegensatz zu ihm zu viel schwäbische Hausfrau – und zu wenig europäische Staatsfrau?

Die Bundeskanzlerin ist eine Frau, die die Entwicklungen, Probleme und auch die Chancen der modernen Welt versteht. Und die engagiert an der Einheit Europas mitwirkt. Das macht sie sehr gut. Ihre Regierungszeit ist ausgesprochen erfolgreich.

### Erfolgreicher als Kohl? Der ist damals mit der Währungsunion vorgeprescht, weil er meinte, der Euro diene der Einigung ...

Kohl war vor 20 Jahren durchaus bewusst, dass die Bedingungen für die Einführung des Euro nicht perfekt waren. Aber der Euro war ein Projekt, das wir mit allen Risiken und Nebenwirkungen zu Recht umgesetzt haben. Ein Dauerprojekt. Allerdings war Kohl zurückhaltend in der Frage, was

wir über die Einführung des Euro noch vergemeinschaften sollten. Er wusste, dass die Bereitschaft des Souveräns, der Deutschen, dafür begrenzt war, etwa hinsichtlich einer Sozialunion. Die Bürger sehnen sich in dieser wahnsinnig schnellen Welt nach Verortung, Verankerung ...

### ... nach Heimat?

Das Wort Heimat ist wieder in Mode. Ich finde das gut. Wenn man den Menschen dieses Grundbedürfnis verweigert, besteht die Gefahr, dass sie irgendwelchen verantwortungslosen Parolen folgen. Ich bin deshalb froh, dass Horst Seehofer als neuer Bundesinnenminister dieses Thema innerhalb der Bundesregierung verankert. Ich zum Beispiel fühle mich im Oberrheinischen am Rande des Schwarzwalds daheim – und bin zugleich überzeugter Deutscher und Europäer.

### Am rechten Rand gilt die EU, gilt Brüssel als das Zentrum des Bösen.

Es gibt manche Meinungen. Das muss man akzeptieren. Und es gibt viele Menschen, ganz sicher nicht nur an den Rändern des politischen Spektrums, die das Gefühl haben: Wir Deutsche unterstützen andere Länder, doch die nutzen das Geld nicht, um wieder auf die Beine zu kommen.

### Bei Jüngeren dürfte das Narrativ des Friedensprojektes nicht mehr reichen, um pro EU zu sein. Braucht es eine neue Erzählung?

Im Zeitalter der Globalisierung ist jedes einzelne europäische Land für sich allein nicht in der Lage, hinreichenden Einfluss zur Wahrung der eigenen Interessen zu nehmen – das ist der simple Grundgedanke, der für ein einiges Europa im 21. Jahrhundert spricht. Nur gemeinsam sind wir stark und handlungsfähig, vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik. Und wir brauchen deutlich mehr Gemeinsamkeiten in der Asylpolitik. Ich habe übrigens schon als Bundesinnenminister ...

### ... vor zehn Jahren ...

... nein, schon Anfang der Neunzigerjahre gegen manche Übertreibung im deutschen Asylrecht gekämpft. Wir müssen bei unserem deutschen Recht einige Abstriche machen, wenn wir zu einer europäischen Asylpolitik kommen wollen.

### In 25 Jahren, wenn wir den ersten Satz aus dem Schäuble-Lamers-Papier lesen – wird der immer noch stimmen?

Ja. Europa wird immer in der Krise sein – und damit auch immer voller Chancen. Aber genau das ist ja der Vorteil Europas. Es ist immer offen. Und all diese Krisen sind beherrschbar.

wände geheftet hat, ist der Stolz auf das Projekt nicht länger deutsch, französisch, spanisch, italienisch. „Europeans do it better“, steht da etwa, oder auch: „Together we can“.

Die Idee einer europäischen Verteidigungspolitik war lange theoretisch reizvoll und praktisch irrelevant. Es gab ja die Nato, die amerikanischen und französischen Kampfjets und Eingreiftruppen. Und in Deutschland waren viele froh, bei Kampfeinsätzen nicht gefordert zu sein. Vor allem die Briten wachten bei europäischen Treffen stets darüber, dass keine sicherheitspolitischen Pläne ohne die USA geschmiedet wurden.

Doch dann stimmten die Briten für den Brexit und die Amerikaner für Donald Trump. Dessen „America first“-Strategie sorgte dafür, dass selbst die Kanzlerin findet, dass die Europäer nicht zu sehr auf die Schutzmacht von gestern setzen dürfen. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) entwickelte mit ihrer französischen Amtskollegin ein Konzept für eine engere militärische Kooperation in Europa (Pesco). „Wann, wenn nicht jetzt sollten wir so etwas vorantreiben“, schrieb sie im Herbst in einem WiWo-Gastbeitrag. Kurz vor Weihnachten stimmten 23 von 28 EU-Staaten zu. Gerade für kleinere Staaten, die sich keine aufwendigen, eigenen Waffensysteme leisten können, ist die Kooperation attraktiv.

Doch was die Deutschen für eine Stärke halten, ist aus Sicht der Franzosen eher eine Schwäche: Macron wünscht sich eine Eingreiftruppe, die schnell einsatzbar ist, ohne allzu aufwendige Abstimmung zwischen den Partnern. Hinzu kommt: In Deutschland müssen Einsätze außerhalb des Nato-Terrains vom Bundestag abgesegnet werden, und vor allem für die SPD ist dieser sogenannte Parlamentsvorbehalt „nicht verhandelbar“, so der verteidigungspolitische Sprecher Fritz Felgentreu. Vertreter fast aller Parteien finden richtig, dass die Europäer mehr Rüstungsprojekte gemeinsam planen wollen, etwa bei der Cyberabwehr. Auch über mehr europäische Forschungsförderung für Rüstungsprojekte denken Sicherheitsexperten nach: Die deutsch-französische Kooperation beim Airbus gilt als Vorbild, die Entschlossenheit der Staaten, industriepolitische Projekte voranzutreiben, inklusive.

## 4. Grenzschutz

Walter Fuhro, steht in seinem Geschäft in Rheinau-Freistett und spricht über den Beruf, den er seit 54 Jahren ausübt: Fliesenleger. Im Moment, sagt der 68-Jährige, seien großformatige Fliesen in Mode. Er verlegt sie mit sehr schmaler Fuge: „Das können nicht alle.“

So gut ist Fuhros Handwerk, dass seine Dienste nicht nur in Deutschland gefragt sind. ▶

Sondern auch in Frankreich: Von seinem Geschäft sind es nur 4,6 Kilometer zur Grenze, die Straße runter, dann rechts auf die Landstraße 87, die direkt über den Rhein führt. 50 Kunden hatte Fuhro im Nachbarland. Hatte. Denn er nimmt keine Aufträge mehr an. „Es lohnt sich nicht mehr“, sagt er und: „Ich habe Frankreich abgehakt.“

Was ist passiert? Um Arbeitnehmer vor Lohnrückern zu schützen, sollen in der EU entsandte Arbeitnehmer nun das Gleiche verdienen wie ortsansässige Kollegen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, das klingt erst einmal gut – doch vor allem Frankreich setzt die Reform der Entsenderichtlinie derart bürokratisch, stur und ungeschickt um, dass deutsche Unternehmer sich jetzt zurückziehen.

Fuhro musste jeden einzelnen Arbeitseinsatz seiner Leute bei den Behörden in Frankreich anmelden: ein Formular pro Mitarbeiter, mit Passbild, Krankenkassen-Bescheinigung und Gehaltsabrechnung. Um die Formulare formgerecht einreichen zu können, musste er jedes Mal einen französischen Berater beschäftigen: „Ich habe pro Anmeldung 300 Euro gezahlt.“ Und wenn sich mal ein Arbeitseinsatz änderte, etwa, weil es auf der Baustelle zu Verzögerungen kam, musste er einen neuen Antrag stellen. „Das ist doch Schikane!“

Was denkt Walter Fuhro, wenn er Frankreichs Präsident Macron im Fernsehen sieht und von mehr Zusammenarbeit in Europa sprechen hört? Er glaube ihm kein Wort. „Es ist doch europafeindlich, was der macht.“

Vor der Entscheidung sind die Wirtschaftsverbände Sturm gelaufen gegen die neuen Hürden im Binnenmarkt: Ein Festival der Bürokratie rund um 30 Millionen Dienstleistungen, die alleine Deutsche pro Jahr ins EU-Ausland unternehmen! Es half nichts.

Es ist fast schon bizarr, dass die EU in ihrem Inneren neue Grenzen aufbaut – und bei der Verteidigung ihrer Außengrenzen versagt. Sie sind ein löchriges Sieb. Die zu ihrem Schutz gegründete EU-Agentur Frontex patrouilliert mit ihren Booten zwar auf dem Mittelmeer. Aber wird ein Flüchtlingsboot gesichtet, übernehmen Beamte der lokalen Küstenwachen das Kommando, die mit an Bord sind. Trotzdem will EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger das Budget von Frontex verfeinern: Die verstärkte Truppe soll „innerhalb der nächsten drei Jahre“ einsatzbereit sein – und die aufgebauten Binnengrenzen wieder einreißen helfen. Doch Oettingers Vorstoß löst den Grundkonflikt nicht: Frontex bleibt auf die Hilfe der lokalen Beamten angewiesen – ist eine Behörde ohne Kompetenz.

## 5. Bildung

Spanische Sätze überlagern französische Wortfetzen, wenn Simon Gmeiner auf gut Deutsch über seine europäische Identität spricht. Der 28-Jährige sitzt in einer Mensa des Europa-Kollegs in Brügge, der europäischen Uni der Welt. Jedes Jahr studieren an der „Kaderschmiede der EU“ knapp 350 junge Menschen aus Dutzenden Ländern, praktizieren hier Multikulti auf hohem Niveau.

Als Gmeiner nach Brügge kam, hatte er die Welt längst bereist: Freiwilligendienst in São Paulo, Auslandssemester in Buenos Aires, Praxiserfahrung in Washington. Trotzdem haben ihn die Monate in Brügge geprägt. Er ziehe aus den Eigenheiten der europäischen Kulturen Energie, sagt Gmeiner. Er habe sich schon vorher als Europäer gefühlt. „Aber hier bin ich einer geworden.“

Jörg Monar, der Rektor des Brügger Kollegs, hört das gern. Er ist von Haus aus Histo-

riker, hat in England, Frankreich, Italien und Deutschland gelebt. Er schätzt die Atmosphäre, weiß aber auch, dass seine Eliteschmiede vor allem ohnehin Überzeugte anzieht: „Die europäische Idee müsste schon im Kindergarten vermittelt werden.“

Das belegt eine exklusive Auswertung der Studie „Junges Europa 2018“ der TUI Stiftung. Abgesehen von Polen „gibt es den Trend, dass die Affinität zur EU mit höherer Bildung ansteigt“, sagt Geschäftsführerin Elke Hlawatschek. Der Grund: Wer eine Universität besucht, kommt dank des Erasmus-Austauschs nicht um Europa herum. Wer sich stattdessen für eine Lehre entscheidet, besucht Sevilla, Warschau oder Brügge nur als Tourist.

In Plön, 100 Kilometer nördlich von Hamburg, blättert Ulrike Osterloh-Riettens durch einen Aktenordner, dicht beschriebene Seiten, Evaluationsbögen, Antragsdeutsch. Seit neun Jahren kümmert sie sich am regionalen Berufsbildungszentrum um den Europaaustausch. Darum, dass auch Auszubildende ihre Chance auf Europa bekommen. Osterloh-Riettens seufzt: Die Anträge seien noch das kleinste Problem.

Etwa im Vergleich zur Unterbringung der Azubis. Für Studierende gibt es Wohnheime – aber wo sollen minderjährige Berufsschüler wohnen? Oder die Chefs der Ausbildungsbetriebe. In der Theorie Austausch-Anhänger, in der Praxis Realisten, die auf vertraute Arbeitskräfte bauen wollen. Und dann sind da noch die unterschiedlichen Ausbildungssysteme in der EU: „Manche Berufe gibt es in anderen Ländern gar nicht“, sagt Osterloh-Riettens. Und so schafften es von knapp 2000 Berufsschülern im vergangenen Schuljahr gerade mal 44 ins Ausland.

Von der Wirtschaft fordert Osterloh-Riettens mehr Unterstützung. Von der EU wünscht sie sich mehr Geld für Stipendien und mehr Einheitlichkeit. Oft scheitert der Austausch am Geld. Noch häufiger hapert es am Bildungsföderalismus der EU. Standardisierte Module wie an Universitäten könnten helfen. „Wir brauchen einen Bologna-Prozess für die Berufsschulen.“

Doch der ist nicht in Sicht. In einem Programmvorschlagn für Erasmus+, das alle Programme der EU zusammenbindet, verspricht die Kommission mehr Geld, europäische Universitäten, Exzellenzzentren für die Ausbildung. Von einem Bologna-Prozess für Berufsschulen dagegen kaum ein Wort. Osterloh-Riettens will trotzdem weitermachen. Jedes Mal, wenn ein Berufsschüler nach ein paar Wochen zurückkommt, sieht sie selbstbewusstere, neugierigere Menschen. Menschen, die es braucht für ein einiges Europa. ■

„Es lohnt sich nicht mehr. Ich habe Frankreich abgehakt“

WALTER FUHRO  
Handwerksmeister



EINE PC ENTSCHEIDUNG IST IMMER AUCH  
EINE SICHERHEITSENTSCHEIDUNG

STEIGEN SIE UM AUF HP ELITE PCS MIT  
INTEL® CORE™ VPRO™ PROZESSOREN



INTEL, DAS INTEL-LOGO, INTEL INSIDE, INTEL CORE, UND CORE INSIDE SIND MARKEN DER INTEL CORPORATION ODER IHRER TOCHTERGESSELLSCHAFTEN IN DEN USA UND/ODER ANDEREN LÄNDERN.

HP EMPFIEHLT WINDOWS 10 PRO.